

Impulse aus dem Dialogforum Bildung

Am 4. November 2015 kamen im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Berlin ca. 50 Expertinnen und Experten zusammen, um darüber zu diskutieren, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zu einer inklusiven Bildung leisten kann. Das Bildungssystem, angefangen bei Kindergarten und Grundschule, stand dabei im Zentrum der Aufmerksamkeit. In dem Forum wurde vor allem hervorgehoben, dass das Thema „Inklusive Bildung“ nur durch das beharrliche Engagement von Eltern, Betroffenen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Kräften, denen Inklusion wichtig ist, auf die Tagesordnung der Politik gelangen konnte. Die im Dialogforum erarbeiteten Impulse werden hier dokumentiert.

Inklusiver Schulalltag – Individuelle Betreuung für alle Kinder

IST-ZUSTAND: Der inklusiven Gestaltung des Schulalltags wird oftmals mit Skepsis begegnet. Insbesondere Eltern nicht behinderter Kinder fürchten, dass ihre Kinder aufgrund eines vermeintlich abgesenkten Leistungsniveaus Nachteile erfahren. Aber auch Eltern behinderter Kinder haben mitunter Sorge, dass ihre Kinder in einer Regelschule überfordert werden.

IMPULS: Die inklusive Schule kann durch individuelles Engagement (vor allem der Eltern behinderter und nicht-behinderter Kinder) wichtige Impulse erhalten. Den Eltern- und Schulvereinen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Durch ihr bürgerschaftliches Engagement können sie „Gute Praxis“ erschaffen, durch Informationskampagnen können sie für individuelle Betreuung in einem inklusiven Schulalltag werben. Eine „Kampagnenoffensive“ (etwa im Rahmen der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“) könnte die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems stärker herausstellen.

Eltern unterstützen – einheitliche Standards für inklusive Schulen schaffen

IST-Zustand: Konzepte für eine inklusive Schule werden im Rahmen verschiedener Modellprogramme vor Ort vorangetrieben. Doch fehlt es bislang an einheitlichen Standards, was eine inklusive Schule ausmacht, so dass von Ort zu Ort die Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Dies führt zu einer Situation, die für Eltern sehr unübersichtlich ist und in der eine umfangreiche Beratung notwendig ist.

IMPULSE: Bundesweit sollten einheitliche Standards für inklusive Schulen entwickelt werden, so dass Klarheit über die Unterstützungsmöglichkeiten herrscht. Die Elternvereine als Teil der organisierten Zivilgesellschaft leisten durch ihr bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag. Daher sollten sie im Rahmen der zu entwickelnden Standards gestärkt und als Beratungsinstanz ernstgenommen werden. Die überregionale Unterstützung und Koordination von Elternvereinen sollte durch entsprechende Förderprogramme unterstützt werden.

Lebenslanges Lernen sicherstellen

IST-ZUSTAND: Kurse und Seminare der Erwachsenenbildung werden nicht nur in Volkshochschulen, sondern auch in vielfältiger Form durch zivilgesellschaftliche Organisationen angeboten. Menschen mit Behinderungen sind in diesen Kursen und Seminaren bislang stark unterrepräsentiert.

IMPULSE: Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten dabei unterstützt werden, ihre Angebote der Erwachsenenbildung inklusiv zu gestalten. Dies beinhaltet die Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte ebenso wie die Einbeziehung technischer Hilfsmittel, die eine inklusive Erwachsenenbildung erleichtern. Die inklusive Gestaltung von Bildungsangeboten könnte im Rahmen der Förderung der Erwachsenenbildung zu einem Kriterium bei der Vergabe der Fördermittel gemacht werden, z. B. indem ein bestimmter Anteil der Mittel ausschließlich für inklusive Angebote vergeben wird.

Inklusive Bildung – Auch für eine Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt

IST-ZUSTAND: Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema inklusive Bildung gilt bislang vor allem dem Thema Schule. Inklusive Bildung umfasst jedoch auch berufliche Bildung. Derzeit arbeiten Menschen mit Behinderungen oftmals in Werkstätten, die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt ist eher die Ausnahme. Zudem werden die in Werkstätten erworbenen Qualifikationen von vielen Arbeitgebern nicht anerkannt, sodass ein Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht möglich ist.

IMPULSE: Wohlfahrtsverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sollten darin unterstützt werden, gemeinsam mit Einrichtungen der beruflichen Bildung Qualifizierungskonzepte zu entwickeln, die darauf zielen, Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Programme wie z. B. die „Initiative Inklusion“ oder „Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung“ des BMAS in Kooperation mit anderen Akteuren könnten hier als Vorbilder dienen.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de